

unser Anteil  
i.d. R. 50%

Zahlungen

Gegenstand des Verfahrens

### Bezuschusste Fälle 2007

Afghanistan	244,73	12.01.2007	Ein Mann aus Afghanistan ist verheiratet mit einer Frau, die eine Aufenthaltserlaubnis hat. Geburt des gemeinsamen Kindes am 29.11.2006. Er hat keine Duldung, lebt im Moment illegal in HH. Wurde zur Ausreise aufgefordert .
Afghanistan	526,92 40%	13.01.2007	Wir hatten 2005 diesen Fall schon unterstützt. Nun hat der RA eine Aufenthaltserlaubnis erstritten. Wir beteiligen uns mit 40% der Gesamtkosten. <b>Zustand 2005:</b> Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wegen Eheschließung mit einer Frau mit deutscher Staatsangehörigkeit. Aufenthaltbeendender Maßnahmen sind schon eingeleitet.
Afghanistan	244,72	02.03.2007	Mann aus Afghanistan ist seit 1 Jahr verlobt. Seine Umstände fallen in die Bleiberechtsregelung. Auslegung der Ausschlussgründe in der Bleiberechtsregelung. Verhinderung der Abschiebung
Armenien	202,90	16.11.2007	Es handelt sich um einen Armenier, der in Deutschland BWL studieren möchte. Sein Aufenthaltsrecht lief am 8.10.07 ab. Die Rechtsanwältin hat Widerspruch erhoben und einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht HH gestellt. Die Chancen für ein Studium stehen sehr gut. Nach 14 Tage der Übernahme der Kosten, hat der Betroffene einen Studienplatz bekommen!!
Brasilien	833,33 30%	4.11.2007	Migrant aus Brasilien der mit seinem Stiefvater, seiner Mutter und seiner Schwester seit 1985 in Hamburg lebt, ist hier zur Schule gegangen. Sein Aufenthalt hier wurde durch 2 längere Zeiten in Brasilien unterbrochen. Dadurch ist er konkret von Ausweisung und Abschiebung bedroht. Seine Mutter und seine Schwester sind lange eingebürgert, doch bei ihm haben die beiden Aufenthalte in Brasilien von mehr als 6 Monaten dazu geführt, dass er seine erworbenen Rechte wieder verloren hat. Er lebt seit 2001 wieder in Hamburg, es ist aber so, dass sogar trotz 4 jähriger Ehezeit mit einer deutschen Ehepartnerin ( sie sind jetzt geschieden ) die Ausländerbehörde die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis ablehnt und ihm zuerst eine Ausreisefrist zu Februar dieses Jahres und jetzt, nach dem Widerspruchsverfahren zum 15.11.2007 gesetzt hat. Jetzt hat er Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben, die bis Ende Oktober begründet werden muss und dann muss kurz vor dem angesetzten Ausreisedatum ein Eilantrag zum Gericht gehen, damit der Richter die aufschiebende Wirkung der Klage anordnet.
Burkina Faso	340,58	15.02.2007	Verhinderung der Abschiebung. Wir haben 2006 diesen Fall schon mit 89.- Euro unterstützt
Burundi	459,64	3.4.2007	Es geht um einen Flüchtling aus Burundi, der 1996 eingereist ist. Asylantrag wurde

unser Anteil  
i.d. R. 50%

Zahlungen

Gegenstand des Verfahrens

			2002 abgelehnt. Seither lebt er hier mit Kettenduldung. Über das Verwaltungsgericht wurde auf § 53 Abs. 6 geklagt. Es gab viele Widersprüche. Am 10.03.07 wurde erneut eine Klage eingereicht.
Ghana	298,90	31.01.2007	Frau aus Ghana Sie hat ein Gutachten von einer Neurologin und Psychiaterin, über eine manifeste Anpassungsstörung mit Krankheitswert d.h. sie kann nur eingeschränkt für sich sorgen. Bei Abschiebung ist sogar Suizid nicht gänzlich ausgeschlossen. Es wurden 2 Eilverfahren gewonnen, deshalb ist sie überhaupt noch in Deutschland. Sie hat seit ca. 1992 kein Aufenthaltsrecht mehr, wurde aber seit 2001 bis zur Festnahme 2006 in Hamburg geduldet und lebte zuletzt im Billstiege. Das Hauptsacheverfahren hat nach Aussage des OVG zumindest Chancen. Der Beschluss ist beigelegt. Frau H. bleibt weiter in Haft und ist weiter von Abschiebungen bedroht. Wir werden in mehreren Verfahrensabschnitten immer wieder Eilantrag stellen müssen.
Ghana	163,85	22.06.2007	Ein Mann aus Ghana, HIV infiziert, hat in Ghana keine Möglichkeit der Therapie. Soll dennoch abgeschoben werden. Dagegen wird geklagt. Das ist überlebenswichtig für den Betroffenen.
Ghana	673,94 40%	18.01.2007	Es geht um eine Frau aus Ghana (Der Fall ging schon durch die Presse). Sie ist 1954 in Ghana geboren. Kam 1980 nach Deutschland. Sie war hier verheiratet. Die Ehe wurde getrennt, sie lebte im Frauenhaus, dann in verschiedenen "Asylheimen". Begann ein Studium für Modedesign. Sollte abgeschoben werden - tauchte unter; setzte trotzdem das Studium fort. 1998 ist sie nach Holland weitergezogen, um dort ein neues Leben aufzubauen. 2003 kam sie nach Deutschland zurück, hatte einen Autounfall und ihre Illegalität wurde entdeckt. Das Leben ging in den Unterkünften weiter. Der Fall wurde der Härtefallkommission eingereicht. Könnte negativ ausfallen, da sie sehr lange illegal war. Die Abschiebung steht bevor.
Iran	175,74	10.03.2007	Es geht hierbei um eine Rückführung besonderer Art. Ein 4 jähriges Mädchen wurde in den Iran entführt. Mutter lebt in Hamburg. In dem Fall kommen auch zivilrechtliche Ansprüche in Frage (Interpol etc.), aber die Gesamtkosten beziehen sich nur auf den ausländerrechtlichen Teil.
Kamerun	250.-	18.05.2007	Es geht um eine Aufenthaltserlaubnis wegen Heirat. Flüchtling aus Kamerun heiratet eine deutsche Frau. Es geht um eine rechtswidrige Befragung der Eheleute. Eilantrag, Klage und Datenschutzbeauftragter wird eingeschaltet. Es wurden die Datenschutzrechtlichen Verletzungen von Seiten der ABH in Altona begangen.
Libanon	500.-	05.03.2007	Eine Familie aus dem Libanon mit 6 Kindern. Familie lebt seit 16 Jahren in Deutschland.

unser Anteil  
i.d. R. 50%

Zahlungen

Gegenstand des Verfahrens

			4 Kinder sind hier geboren, die anderen 2 kamen mit 1 bzw. 2 Jahren hierher. Es geht um einen Antrag auf Abschiebeschutz für alle. Antrag auf Aufenthalt aus humanitären Gründen.
Liberia	250,-	10.03.2007	Flüchtling aus Liberia (geb. 1981) hatte bereits 1996 Feststellung von Abschiebehindernissen wegen Traumatisierung wegen Zwangsrekrutierung als Kindersoldat. Aufenthalt scheiterte am fehlenden Pass. Ausländerbehörde hat jetzt Abschiebung nach Gambia angekündigt. Bleiberechtsregelung soll wegen angeblicher Ausschussgründe nicht anwendbar sein. Es wird Antrag auf Aufenthalt nach §25III, hilfsweise nach Bleiberechtsregelung gestellt werden. Wenn erforderlich ein Folgeantrag. 17.04.07 Der Fall ist positiv entschieden worden. Er hat nun eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 III Aufenth. G. Das ist doch mal etwas!!
Mauretanien	475.-	20.12.2007	Es geht um einen Flüchtling aus Mauretanien. Er lebt seit 1994 in der BRD. Es konnte nie ein Pass erlangt werden. Er machte zielstaatsbezogene Hindernisse geltend. Er hat Diabetes mellitus Typ 1. Dafür müssen regelmäßig (täglich) Medikamente eingenommen werden. Er hat 1995 das Asylverfahren durchlaufen mit negativem Ausgang. Abschiebung droht nun erneut wegen Neuregelung des Bleiberechts. Keine Arbeit etc..
Montenegro	342,24	29.07.2007	Eine junge Roma Frau aus Montenegro Wir haben im August 2005 bereits Geld bewilligt. Damals ging es darum, dass der RA versuchte, ihre Papiere aus Italien zu besorgen. (Mutter Italienerin, Vater Jugoslawe) Sie war damals verkauft worden, als ihre Eltern bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen. Dann fehlte die Identitätsbescheinigung der Mutter- die auch über Konsulat und DRK nicht aufzutreiben war. Sie hatte Fiktionsbescheinigung (als Roma Flüchtling) erhalten . Nun ist sie schwanger, aber der Vater nicht mehr da. RA versucht, eine befristete AE zu erreichen.
Serbien	250.-	24.07.2007	Es geht um eine Frau aus Serbien. Sie kam mit ihrem damaligen Mann (heute ist sie geschieden) 1993 in die BRD. Die Familie ist mittlerweile getrennt worden. Der geschiedene Mann ist ausgereist. Eine volljährige Tochter wurde im Morgengrauen abgeschoben, eine andere Tochter ist ausgereist, nachdem ihr Mann abgeschoben wurde. Die betroffene Frau selbst leidet unter einer besonders schweren posttraumatischen Belastungsstörung. Alle Versuche, ihr einen Aufenthalt zu ermöglichen, wurden bisher abgelehnt. Bisher wurde das Verfahren von Fluchtpunkt betreut. Aber nun wurde ein Anwalt hinzugezogen, um eine weitere Eskalation in Richtung Abschiebung auffangen zu können.

unser Anteil  
i.d. R. 50%

Zahlungen

Gegenstand des Verfahrens

Sierra Leone	381,99	12.12.2007	Anträge auf Aufenthalt aus familiären Gründen und hilfsweise humanitären Gründen wurden schon lange gestellt aber bisher unbeschieden, da Ausweisung ergangen ist, wogegen ein Klageverfahren beim VG HH anhängig ist. Jetzt geht es um die Fortführung der Klage. Es geht darum, wenigstens den humanitären Aufenthalt sicherzustellen. Er hat ein Kind, ca 4 Jahre alt, wurde als 18 jähriger Vater. Die Mutter ist suchtkrank, steht also nicht zur Verfügung. Er selbst ist sehr krank.
Sri Lanka/ Tamilin	250,-	10.03.2007	Eine Frau aus Sri Lanka. Sie ist eine Tamilin (geb. 1971). Ihre Schwestern sind in der BRD als Flüchtlinge anerkannt, sie nicht, sie hatte einen anderen Richter. Ist jetzt von Abschiebung bedroht. Ihr Vater ist tot, die Mutter lebt in Sri Lanka, kann aber nicht fliehen. Das Problem ist, dass die Betroffene ohne Gebärmutter geboren wurde. Da sie dadurch auch nicht monatlich blutet, ist sie für immer aus dem Dorf ausgeschlossen, weil sie als aussätzig gilt. Auf Grund von Gutachten soll nun ein Bleiberecht erwirkt werden.
Türkei	490.-	12.12.2007	Frau aus der Türkei hat die Aufenthaltserlaubnis verloren. Sie ist 2005 im Alter von 23 Jahren unter Täuschung und Drohung in die Türkei ausgereist. Sie musste ihren 5- jährigen Sohn in der BRD lassen. Sie war verheiratet, ist heute geschieden. Kind lebt hier. Seit 2005 kämpft sie um Wiedervereinigung mit ihrem Sohn. Es läuft eine Klage und ein Verfahren in der Visumsbeschaffung.
Venezuela	443,81	13.04.2007	Eine Frau aus Venezuela (transsexuell) Sie ist in Offenbach in Abschiebehaft genommen worden. (Ist aber aus HH). Die RAin ist dorthin gereist. Asylantrag wurde offensichtlich unbegründet abgelehnt. Der einstweilige Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage war erfolgreich. Beschwerde gegen Abschiebehaft war auch erfolgreich. Sie ist jetzt wieder auf dem Weg nach HH. Über den PKH Antrag im Klageverfahren ist noch nicht abschließend entschieden.
Vietnam	300.-	14.05.2007	RA vertritt einen Mann aus Vietnam. Er kam vor vielen Jahren als Flüchtling nach Deutschland und hatte einen unbefristeten Aufenthalt. Er wurde straffällig. Strafe 3 Jahre. Nun versucht die Ausländerbehörde ihm den Aufenthalt zu nehmen. Es gibt ein Widerrufverfahren, wohl wurde festgestellt in einem Gutachten, dass keine Gefahr der Rückfälligkeit bestünde. Im Moment hat er nur Duldung.